

Danziger Zeitung.

Nr. 18293.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Insertate kosten für die sieben - gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 17. Mai. (W. T.) Die Morgenblätter veröffentlichten ein Schreiben Boulangers an den Deputirten Laisant, welches das Boulangercomité als aufgelöst erklärt.

Belgrad, 17. Mai. (Privattelegramm.) Viele oppositionelle Bulgaren verlassen Sofia, weil sie ihre Verwicklung in den Panica-Prozeß befürchten.

Sofia, 17. Mai. (Privattelegramm.) Die Nachrichten aus Macedonien laufen sehr beunruhigend. Die Ausweisung des bulgarischen Metropoliten Theodosius ruft große Aufregung hervor.

Petersburg, 17. Mai. (Privattelegramm.) Die großen russischen Schlussmänner, welchen auch Kaiser Wilhelm bewohnen wird, beginnen Anfang August und dauern drei Wochen. Der Zar und Kaiser Wilhelm werden zum Schutz gegen etwaige Attentatsversuche in Zelten wohnen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. Mai.

Der zweite Tag der Generaldebatte über die Militärvorlage,

der zunächst einen wenig anregenden Verlauf nahm, hat gegen den Schluss der Sitzung eine große Überraschung gebracht, welche alle anderen Erörterungen auch außerhalb des Hauses in den Hintergrund drängen muß. Schon die neuliche Andeutung des Kriegsministers über die in Aussicht genommene endgültige Organisation der Armee hatte allerlei Combinationen über die weiteren Absichten der Regierung veranlaßt; um so besser war es, daß durch das Eingreifen des Reichskanzlers in dieser Hinsicht eine freilich in hohem Grade überraschendeclarität geschaffen worden ist. Jetzt erfährt man, daß die gegenwärtige Vorlage nur die ersten vorbereitenden Schritte umfaßt und daß die Absicht der Regierung dahingeht, dem französischen Beispiele folgend, die allgemeine Wehrpflicht auch politisch bis in ihre letzten Consequenzen durchzuführen. Herr v. Caprivi sprach sogar von einer gesetzlichen Feststellung dahin, daß die Friedenspräsenziffer der Armee ein für alle Mal auf 1½ Prozent der Bevölkerung normirt oder, wie er meint, um 50 Prozent erhöht werden sollen.

Wenn jeder waffenhafte Deutsche auch tatsächlich zum Militärdienst herangezogen werden soll, dann verliert allerdings der Streit um die Erhöhung der Präsenziffer alle Bedeutung und dann ist eine Norm erreicht, über welche die Rüstungen anderer Staaten Deutschland nicht mehr hinaustreiben können, weil das Maximum vornehmlich erreicht ist. Gleichwohl scheint doch auch der Reichskanzler davon auszugehen, daß eine thätsächlich dreijährige Dienstzeit aller Waffensfähigen eine praktische Unmöglichkeit ist, wenn er auch die gesetzliche principielle Ermäßigung der Dienstzeit aus praktischen Gründen ablehnt. In der Wirklichkeit würde dann auch Deutschland ebenso wie Frankreich dahin kommen, daß die einzige Schranke in der Dauer der Dienstzeit in der Bewilligung der Mittel durch den Reichstag gegeben wäre. Nach dem neuen französischen Wehrgesetz ist der Kriegsminister berechtigt oder vielmehr gezwungen, so viel Mannschaftsverein nach einjähriger Dienstzeit zu entlassen, als nötig ist, um die von dem Parlament bewilligten Grenzen der Ausgaben inne zu halten. Unter den obigen Voraussetzungen bezeichnete allerdings der Reichskanzler die Frage des Septennats als eine solche, die nicht mehr einen militärischen Charakter, sondern nur noch einen constitutionellen habe, weil eine Veränderung der gesetzlich auf 1½ Prozent der Bevölkerung normirten Präsenziffer nur in fünfjährigen Perioden, d. h. nach jeder Volkszählung, möglich ist. Der Schwerpunkt würde in Zukunft nicht mehr in der Feststellung der Friedenspräsenziffer, die ja nur eine formale, rechnungsmäßige sein würde, liegen, sondern in der jährlichen Bewilligung des Militärtäters. Jedenfalls enthielten die Ausführungen Caprivi's über das Septennat eine glänzende Rechtfertigung der Stellung der Freiheitlichen zu dieser Frage und eine Verurtheilung der Septennatschärmere vor 3 Jahren, wie sie deutlicher kaum gedacht werden kann. Caprivi gab zu, die Septennatsfrage sei eine wesentlich constitutionelle — genau das Gleiche haben wir stets behauptet. Er meinte:

„Warum soll man gerade 7 Jahre sezen? Es können auch 9, 5 oder 3 Jahre sein, darüber kann man streiten.“

Als wir aber vor 3 Jahren über genau dasselbe mit genau denselben Argumenten stritten, wie der neue Reichskanzler, da wurden wir mit den unglaublichesten Vorwürfen überhäuft, vom alten Reichskanzler und dessen bedingungslosen Anhängern feierlich in Acht und Bann gehalten, zu den Reichsfeinden und denen geworfen, die das Fundament der Armee zerbrechen und damit das Vaterland den äußeren Feinden ausliefern wollten, und was der Schmähungen mehr waren. Und heute erfolgt eine derartige Rechtfertigung unseres Standpunktes, eine solche Abfertigung unserer Gegner beim Kampfe ums Septennat von solcher Stelle aus! Man wird es uns nicht verdenken, wenn wir darüber Genugtuung und Befriedigung empfinden, was auch die Erklärungen Caprivi's sonst für Consequenzen haben mögen.

Der Eindruck der Caprivi'schen Erklärungen, die in vollster Rückhaltlosigkeit und Offenheit ge-

geben wurden, auf den Reichstag selbst kam in der gestrigen Sitzung nicht mehr zum Ausdruck. Der Redner der Conservativen, Frhr. v. Manstein, der einzige, der nach Herrn v. Caprivi noch das Wort nahm, beschäftigte sich lediglich mit der gegenwärtigen Vorlage. Dass dieselbe angehört der offiziell konstitutiven Absichten der Regierung erheblich an Bedeutung einbüßt, ist im Prinzip nicht zu bestreiten; auf der anderen Seite aber kann man ja auch sagen, daß die bedingungslose Annahme der Vorlage gewissermaßen als ein moralisches Engagement für die weiteren Absichten der Regierung aufgefaßt werden könnte. Von dem Standpunkt der allgemeinen Wehrpflicht aus ließe sich der Organisationsplan, dessen Grundzüge der Reichskanzler gestern skizziert hat, nicht wohl beanstanden. Die Frage wäre nur, wie die Durchführung dieses Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht sich praktisch, namentlich mit Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Nation gestalten wird. Zur endgültigen Beurtheilung der Vorschläge der Regierung wird man vor allem die Gestaltung der künftigen Vorlage abwarten müssen. Lieg es doch auf der Hand, daß in dieser Richtung die abweichendsten Modalitäten möglich sind.

Dass die Commission bei der Beratung der jetzigen Vorlage sich bereits mit der Aufstellung eines Finanzplanes zur Durchführung der künftigen Organisation beschäftigen sollte, ist deshalb auch nicht denkbar, aber für die Zukunft wird man allerdings vor der Beschlusssfassung über die Organisationsvorschläge der Regierung die Mittel zur Deckung der Ausgaben erwarten müssen.

Zur Durchführung der Alters- und Invaliditätsversicherung.

Dem Vernehmen nach hat der Mansfelder Anknappschäftsverein in Eisenberg beim Bundesrathe den Antrag gestellt, als besondere Rasseneinrichtung zur selbständigen Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung zugelassen zu werden. Im Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ist bekanntlich die Bestimmung getroffen, daß neben den Versicherungsanstalten als selbständige Versicherungsorgane auch solche Rasseneinrichtungen zugelassen werden können, welche die Garantie bieten, daß die bei ihnen Versicherten eine den reichsgerichtlich vorgesehenen Leistungen gleichwertige Fürsorge erhalten. Der Bundesrat hat zu entscheiden, welche Kosten dieser Anforderung genügen. Als die erste solcher Rasseneinrichtungen nun, welche von dieser eventuellen Befugnis Gebrauch machen wollen, ist der Mansfelder Anknappschäftsverein an den Bundesrat herangetreten. Der preußische Minister für Handel und Gewerbe, der um ein Gutachten in dieser Frage angegangen war, hat, wie verlautet, die im Gesetz geforderte Garantie nicht als gegeben erachtet können. Auf die Entscheidung des Bundesrates wird man füglich gespannt sein können; denn diese Entscheidung wird für die Frage der Übernahme der Invaliditäts- und Altersversicherung durch die Anknappschäftsvereine, an die man bei der Aufnahme der erwähnten Bestimmung in das Gesetz vom 22. Juni 1889 in erster Linie gedacht hat, von grundsätzlicher Bedeutung sein und dürfte die Entschließungen anderer Rasseneinrichtungen rücksichtlich der aus Anlaß des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu treffenden Maßnahmen wesentlich beeinflussen.

Der Prinzregent von Bayern und der deutsche Katholikentag.

Der Prinzregent hat an den Münchener Erzbischof ein Handschreiben gerichtet, worin er sein aufrichtiges Bedauern über die beabsichtigte Abhaltung des deutschen Katholikentages dasselbe ausspricht, weil die Abhaltung in München nicht geeignet sei, hier den Frieden zu erzielen und zu festigen, der von den ruhig Denkenden aller Kreise der Stadt dringend gewünscht wird. Das Schreiben schließt: „Es ist mein lebhafter Wunsch, daß Sie sich, ehe ich weitere Maßnahmen zu der meinen Rechten und Pflichten gemäßen Wahrung des Friedens ins Auge fasse, nochmals mit den katholischen Männern, insbesondere mit dem Domkapitel berathen und mir das Ergebnis der Versprechungen baldigst anzeigen.“

Die fremden Prehgäste in Friedrichsruh.

Bekanntlich ist Herr Henri de Houz, der Chefredakteur des Pariser „Matin“, kurztlich zwei Tage Gast des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gewesen. Der „Matin“ hat sich seit Jahren wiederholt in angeblichen Wiener Briefen durch Schmähungen der Kaiserin Friedrich hervorgethan und er hat auch neuerdings die Kaiserin Friedrich mit dem Sturze Bismarcks in Verbindung gebracht. Die „Nordhäuser Zeitung“ erkennt an der neuen Verdächtigung der Kaiserin Friedrich ihre Pappenheimer. Vor zwei Jahren hatte dasselbe französische Blatt unter demselben Chefredakteur die unamften Verdächtigungen gegen die Kaiserin Friedrich und den Kaiser Wilhelm II. veröffentlicht. Als die „Nordhäuser Zeitung“ diesen Beleidigungen des deutschen Kaisers und der Kaiserin Friedrich entgegnetrat, wurde ihr Redakteur dieserhalb vom dortigen Landgericht wegen Beleidigung des Kaisers und der Kaiserin Friedrich zu hoher Festungsstrafe verurtheilt, weil durch Abdruk der beleidigende Artikel des Pariser Blattes weiter verbreitet worden sei und nichts vorliege, was die Handlung des Angeklagten als eine berechtigte erscheinen läßt. Der selbe Chefredakteur desselben „Matin“ war nun beim Fürsten Bismarck. „Die Bekanntmachung der beiden Herren“, sagt die „Nordh. Ztg.“, „ist wohl nicht erst von gestern, sondern unzweifhaft älteren Datums. Sie haben sich auch wohl schon damals gekannt, als der „Matin“ first und

Galle spie gegen unser Herrscherhaus. Die Moral von der Geschichte ist wohl, daß es preußische Reaktionen unter Bismarck nicht nur im Inland, in Österreich und Belgien, sondern auch im Lande des „Erbeindes“ gab.“

Wie gestern gemeldet, ist nun außerdem auch der Berliner Correspondent der „Nowoje Wremja“ in Friedrichsruh zu Gast gewesen. Das „Berl. Tgl.“ macht dazu folgende Bemerkungen: Fürst Bismarck ist nach seinem Rücktritt anscheinend sehr tolerant geworden, wenigstens führt er fort, in Friedrichsruh Reichsfeinde zu empfangen; nach dem französischen Chauvin Henri de Houz ist nun mehr ein russischer Deutschenfreund an die Reihe gekommen. ... Staatsgeheimnisse scheint der Reichskanzler a. d. dem russischen Chauvinen nicht aufgebunden zu haben. Aber was hätte wohl Fürst Bismarck angestellt, wenn er jemals in die Lage gekommen wäre, einen freimüttigen Politiker die an und für sich gleichgültig gesellschaftlichen Beziehungen zu französischen und russischen Deutschenhelden nachzuweisen? Die „Nordh. Ztg.“ hätte sicherlich eine Reihe Druckspalten hergeben müssen, in welchen in der satisamen bekannten Manier das Thema von den mit dem Ausland gegen die Sicherheit des Reiches conspirirenden Freisinnigen breitgetreten wäre.

Der internationale Telegraphen-Congress in Paris

Ist gestern Vormittag eröffnet worden. Bei der Eröffnung waren 117 auswärtige Delegirte anwesend. Der französische Handelsminister Roche hieß dieselben willkommen, erinnerte an die rasche Entwicklung der elektrischen Telegraphie und Telephonie und hob hervor, welche wunderbaren Ergebnisse man erhoffen könne, wenn alle Hilfsmittel des Geistes und der Arbeit dem Zwecke gewidmet wären, unter den Nationen das Werk der Gerechtigkeit, der Wissenschaft und der Eintracht zu fördern. Der Minister beglückwünschte die Delegirten und gab der Erwartung Ausdruck, daß ihre Arbeiten neue Verbesserungen hervorbringen würden, die geeignet seien, unter Ausdehnung der Gemeinsamkeit der Interessen die Bande des Friedens unter den Nationen inniger und dauerhafter zu gestalten. Der norwegische Delegirte Nielson erwiderte als Aeltester der auswärtigen Delegirten dem Minister; er erinnerte daran, daß die Initiative zu den telegraphischen Congressen Frankreich zu danken sei, das das Land der Freiheit sei und dem man auch die die Telegraphie verwirklichte universelle Brüderlichkeit zu verdanken habe. Der deutsche Delegirte, Director im Reichspostamt Hake, gab dem Danke der auswärtigen Congresmitglieder für den herzlich und wahrhaft freundschaftlichen Empfang in Paris Ausdruck, in dieser für das allgemeine Wohl der Menschheit und für den Fortschritt der Civilisation so wichtigen Hauptstadt. Er erinnerte an die glücklichen Erfolge des ersten Telegraphen-Congresses und sagte: Angehört der herzlichen und wohlwollenden Worte des Herrn Ministers hegen wir die feste Zuversicht, daß die Berathungen des gegenwärtigen Congresses ebenso fruchtbare sein werden, wie die des ersten Congresses. Der Delegirte bat schließlich Frankreich, den Vorsitz in der Versammlung zu übernehmen.

Die Wahl des Generaldirectors Selvex zum Präsidenten erfolgte einstimmig. Zum Präsidenten der Tarif-Commission wurde Reichspostamts-Director Hake (Deutschland), zum Vice-Präsidenten Ussow (Ruhland), zum Präsidenten der Reglements-Commission Baron (Frankreich), zum Vice-Präsidenten Delarge (Belgien) gewählt.

Zu Ehren der Mitglieder des Internationalen Telegraphen-Congresses finden in den Theatern Festvorstellungen statt, auch werden Ausflüge und Diners sowie Empfänge bei dem Handelsminister veranstaltet.

Die Schraube ohne Ende in Belgien.

Einen außerordentlichen Militärkredit im Betrage von 24 Millionen Francs wird der belgischen Kammer noch vor dem Schlusse ihrer laufenden Tagung vorgelegt werden. Darunter befinden sich Posten für den Bau neuer Kasernen (2 100 000 Frs.); für Fortsetzung des Umbaus der vorgeschobenen Forts von Antwerpen (2 260 000 Frs.), um deren Widerstandsfähigkeit gegen die gefestigte Durchschlagskraft der neuen Brüsselzweiglinie zu erhöhen; 12 Millionen Francs für die Maasbefestigung; 2 500 000 Frs. für Beschaffung von Festungsgeschützen nebst Munition; 500 000 Frs. für die Feldartillerie. Weitere Credite werden für Vermehrung des Ambulanzmaterials, für Beschaffung von Revolvern und für Neubewaffnung der Infanterie gefordert. Kurz, die außerordentlichen Ansprüche an den Giebel der belgischen Steuerzahler sind recht umfassender Natur, und dennoch wird das belgische Kriegsministerium seitens der Kammer alles Verlangen wohl auch bewilligt erhalten.

Socialpolitik im österreichischen Herrenhause.

Im österreichischen Herrenhause führte gestern bei der Beratung des Gesetzentwurfs, welcher die österreichisch-ungarische Bank ermächtigt, von den öffentlichen Lagerhäusern ausgestellte Warrents zu escamptiren, der Präsident Graf Auersperg zu der Ursache zu der letzten Arbeiterbewegung sei das kapitalistische System; da eine Verstärkung dieses Systems durch die Vorlage statthabe, erkläre er sich gegen die Vorlage. Der Finanzminister erwiderte, wenn auch Einzelne die Speculation missbrauchen, so könne deswegen die ganze Wirtschaftsordnung nicht aufgehoben und die Freiheit der Individualität nicht unterdrückt werden. Die Achtung vor der Individualität sei das Prinzip des Christenthums, weshalb die abendländische Regierung die Freiheit der Individualität achten müsse. Gegen die gesetzliche Speculation könne nichts eingewendet werden,

so lange dieselbe nicht unmoralisch sei. Zur Beleidigung der Begehrlichkeit Einzelner gehören höhere Mächte, religiöse und weltliche, aber nicht die weltliche Macht des Staates. Die Vorlage wurde hierauf angenommen.

Im englischen Unterhause kamen gestern wiederum Colonialfragen zur Sprache. Der Unterstaatssekretär Ferguson erklärte, die Regierung habe keine Information, welche geeignet wäre, die Blättermeldung zu bestätigen, wonach man deutscherseits bestrebt wäre, die britischen Missionen von Uganda auszuschließen und wonach ein hierauf bezügliches Abkommen mit dem französischen Cardinal Lavigerie getroffen wäre. Der englischen Regierung sei auch kein Schritt der deutschen Regierung oder deutscher Agenten bekannt, welche Rechte britischer Unterthanen unter den bestehenden Übereinkünften beeinträchtigen könnten. Die bisher noch nicht geregelten Angelegenheiten würden jetzt in Berlin in freundlichem Geiste erörtert, so daß daran beteiligte wichtige Interessen durch gegenwärtiges Abstandnehmen von einer Discussion nicht benachteiligt würden. — Der Unterstaatssekretär im Colonial-Amte, Baron Worms, teilte sodann mit, daß das Abkommen einer englischen Gesellschaft mit dem Häuptling Moreni, durch welches dieser Gesellschaft sämtliche Bergwerks-, Holzungs- und Weiderechte im Moreni's Lande übertragen werden, der britischen Botschaft in Berlin mitgetheilt worden sei.

Reichstag.

7. Sitzung vom 16. Mai.

Fortsetzung der 1. Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Friedenspräsenzfürke des deutschen Heeres.

Abg. Liebknecht (Soz.): Die Vorlage muß von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten aus geprüft werden. Über die militärischen Gesichtspunkte will ich nicht in eine Aritth eingehen, weil meine Kenntnisse hierfür nicht ausreichen. Ich erkenne auch an, daß in der Militärverwaltung Sparmaßnahmen geübt werden, ja ich glaube sogar, daß für das Militär nicht einmal genügend ausgegeben wird. Es fragt sich nur, ob der Militarismus in seiner heutigen Gestalt überhaupt notwendig ist. Mögen die Kosten noch so drückend sein, wenn wirklich der Beweis gebracht wird, daß diese Ausgaben notwendig sind zur Sicherheit des Vaterlandes, dann werde ich se, überständlich, gut wie jeder andere für die Vorlage stimmen. Gegen die Vorlage hätte eigentlich niemand einzuwenden, wenn die politischen Gesichtspunkte ins Gewicht kämen. Sprechen können, als es der Feldmarschall Graf Moltke mit seinem Versuch, dieselbe zu begründen, gethan hat. (Jaftimmung links.) Er sagt uns, alle Regierungen, namentlich auch die Fürsten, wollten den Krieg nicht, und auch die große Mehrzahl des Volkes wolle den Frieden. Wer soll ihn denn dann noch tören? Das ist keine Begründung für die Vorlage, sondern die Begründung unseres negativen Dokums. Die Begründung der Vorlage sagt, weil Frankreich und Ruhland immer mehr rüsten, müßten auch wir weiter rüsten. Wenn aber diese Vorlage angenommen ist, dann haben uns wenige Wochen später die Franzosen und die Russen abermals überholen, und dann muß notwendig wieder eine solche Vorlage kommen, und so ist der Militarismus eine Schraube ohne Ende. So kann es nicht weiter gehen. Die Steuern nehmen stetig zu, die Auswanderung wächst, und wenn Sie fragen, weshalb die Leute auswandern, so lautet die Antwort: wegen der Militärverhältnisse und wegen des Socialstiftungsgesetzes. Ein wie großer Schwindel das Septenat war, das sehen Sie ja jetzt, wo Sie behaupten, das französische Heer, das doch ein Parlamentsheer ist, sei besser als das unsige gerüstet. Der Kriegsminister wendete neulich gegen das Parlamentsheer ein, in Frankreich habe es die Diktatur und das erste Kaiserreich zur Folge gehabt. Danach scheint der Herr Kriegsminister ein Kaiserreich für etwas Schreckliches zu halten. Jetzt fordern Sie im Ordinarium 18 und im Extraordinarium 40 Mill. mehr. Der nächste Reichstag wird vielleicht schon das Zehnfache mehr benötigen sollen. Und am Ende kommen Sie — weil ein Schrecken ohne Ende — schließlich zum Krieg! Herr v. Bennigsen meinte neulich, es sei gut, daß das deutsche Nationalgefühl sich jetzt auf dem Meere, in kolonialen Dingen, verhältnismäßig harmlos betätigte. Mit dieser Andeutung weniger harmloser kriegerischer Betätigung finden Sie ja auch klar angegeben, welche Gefahr dieser Militarismus an sich mit sich bringt. In offiziellen Aftenschriften ist ja unsere auswärtige Politik immer als friedlich bezeichnet worden, aber hat nicht unsere offizielle Presse mit ihren ewigen Salzwasserstrahlen und anderen Reizungen das Ausland dauernd gegen uns verherrlicht? Es ist einer der dankenswerthesten Akte der neuen Regierung, daß sie mit diesem offiziellen Unzug aufgeräumt hat. Herr v. Kardorff ist neulich auf Aufforderungen von mir gegen Ruhland zurückgekommen. Ich habe nie zum Krieg gegen Ruhland aufgerufen. Ich habe nur betont, wie wir bei allen Gelegenheiten Ruhland unterstützen, was Ruhland auch in der Türkei, in Bulgarien anfangen möchte. Und da habe ich allerdings gesagt, wenn man Kaltwasserstrahlen versenden wolle, sollte man es doch gegen Ruhland, den Friedensförderer par excellence, thun. Statt dessen hat man, abgesehen von England, die beiden größten Culturstäaten, Frankreich und Deutschland, unablässig mit einander verhekt. Hier müßte Wandel geschaffen werden. Frankreich hat ebenso wenig Anrecht auf Elsaß-Lothringen, als wir, Elsaß-Lothringen müßte das Selbstbestimmungsrecht haben. Wenn erst das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung überall zum Durchbruch gekommen sein wird, wird die Elsaß-Lothringische Frage von selber aufhören. Verhektung nach innen und außen war das ständige Prinzip des Bismarck'schen Systems. Achtung jeder anderen Meinung war die Signatur der Bismarck'schen Politik. Alle Gegner nannte man Reichsfeinde. Nun — jetzt besteht ja die Mehrheit dieses deutschen Reichstages aus solchen „Reichsfeinden“. Die neue Regierung hat eine schwierige Erbschaft angetreten. Andererseits aber befindet sie sich auch in einer günstigen Position, weil während der 25 Jahre Bismarck'schen Systems niemand — abgesehen von der winzigen Minorität, der jene Interessenpolitik nützte — im deutschen Reiche zufrieden gewesen ist. Man betrachtet den Sturz Bismarcks als eine Erlösung. Und diese Stimmung kann die neue Regierung ausnutzen. Das Socialistische

gesetz wird klang- und sanglos hinabgleiten, man hört nach innen ab. (Redner geht jetzt auf die sozial-politischen Ausgaben der Regierung näher ein und wird hier von dem Präsidenten v. Levetow unterbrochen und zur Sache gerufen.) Diese sozialpolitischen Ausgaben können nicht durchgeführt werden ohne Frieden, deshalb möge man auch nach außen ausrüsten. Die Stimmung in Europa ist jetzt weit friedlicher als früher. Es muss also mit dem System des Militarismus gebrochen werden. Berücksichtigt die deutsche Regierung einen Kongress, welcher sich mit der Aufgabe beschäftigte, wie die Militärlast dem Volke abgenommen werden kann, so würde das deutsche Reich an der Spitze der Civilisation marschieren, was bisher nicht der Fall war. Der Feldmarschall Graf Moltke sagte, nur die begehrlichen Klassen des Volkes bedrohten den Frieden. Wenn darunter die Arbeiter gemeint sein sollen, so thut es mir sehr leid, daß Graf Moltke nicht auf unserem internationalen Kongress in Paris im vorigen Sommer war, er hätte da sehr viel gelernt. (Lachen rechts.) Die Blüthe der Arbeiter alter Länder hat sich einstimmig für eine Abschaffung der stehenden Heere und für ein Militärsystem erklärt. Die Arbeiter wollen den Frieden, denn sie versprachen in einem Kriege am meisten ihr Blut und bringen die meisten Opfer. Den Krieg will nur eine kleine Minorität in Frankreich wie in Deutschland, die sogenannten Chauvinisten. Das deutsche Volk hat am 20. Februar bewiesen, daß es mit diesen Chauvinisten nichts zu thun haben will; es hat nur einige wenige hergeschickt, damit diese erzählen können von der Niederlage, die sie erlitten haben. (Heiterkeit.) In anderen Ländern ist das Bedürfnis nach Frieden genau so groß wie im deutschen Volke. Der Krieg ist eine reine Brutalität, ein großartiges Verbrechen an der Menschheit. Der Militarismus tödelt sich selbst; die moderne Wissenschaft, sein Anecht, zerstört selbst die Waffen, die sie ihm an die Hand gegeben hat. Ich habe im Namen meiner Partei zu erklären, daß wir getreu unserer prinzipiellen Haltung, gegen diese Vorlage stimmen werden. Das Votum des 20. Februar dieses Jahres lautete: Bruch mit dem System des Fürsten Bismarck ist fort, nieder mit seinem System, nieder mit der Blut- und Eisenpolitik und niedrig mit dem Militarismus. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Der Jacobiner Robespierre hat in der französischen Nationalversammlung Vorlesungen gehalten über die äußere Politik, welche eine große Ähnlichkeit haben mit denselben, welche der Abg. Liebknecht seit Jahren über die auswärtige Politik gehalten hat. Ich hoffe, daß er nicht dieselbe Gewalt erlangen und es ihm nicht so gehen wird, wie jenem. (Heiterkeit.) Der Abg. Liebknecht hat eine große Anklage erhoben gegen „das jetzt glücklich bestiegene System Bismarck“. Er hat gemeint, die große Mehrheit des deutschen Volkes fauchte, da dieses System besiegt sei. (Sehr richtig! links.) Die Mehrheit des deutschen Volkes bewundert noch heute den großen Staatsmann, den Deutschlands Einheit, Freiheit und Macht begründet hat. (Lebhafte Widersprüche links.) Und wenn der Abg. Liebknecht das nicht glauben will, so hätte er den Fortgang des Fürsten Bismarck von Berlin sehen sollen. (Abg. Singer: Bestellte Arbeit!) Es gibt Gott sei Dank, viele Millionen treuer Untertanen, die nie vergessen werden, was der Fürst Bismarck dem deutschen Vaterlande geleistet hat. Graf Moltke hat allerdings von der friedlichen Gestaltung der Mehrheit der Bevölkerung gesprochen, aber auch von den Parteien, welche die Kriegslust schüren. Ist nicht Boulanger, welchen die Sozialdemokraten unterstellt haben, vor allen Seiten als eine Kriegsgefahr betrachtet worden? Für die gegenwärtige Vorlage müssen wohl zwingende Gründe vorliegen, daß die Regierung das Septennat durchbricht, und nach den sachlichen Ausführungen des Hrn. Richter ist zu hoffen, daß auch seine Partei vielleicht die Vorlage annimmt. An Hrn. Paper, den wir mehrere Jahre im Reichstage nicht gesehen haben, scheint die Zeit spurlos vorübergegangen zu sein. Die dreijährige Dienstzeit ist für die ausgebliebenen Arbeiter und für die mittleren und oberen Klassen eine gute Last. Aber für die meisten Arbeiter ist sie keine Last, sondern eine hohe Schule, die kommt in dessen Verhältnisse, als sie jemals vorher gekannt haben. (Zuruf links: Um so schlimmer!) Die Kosten der Militärausgaben sind doch nicht so erheblich. In England befragten die Steuern 35 Mk., in Frankreich 55 Mk. pro Kopf, bei uns 19 Mk., und so soll Deutschland überlastet sein? Es hat eine Verschiebung der Vermögensverhältnisse stattgefunden zu Gunsten des Großkapitals, zum Schaden der kleinen Gewerbetreibenden und Grundbesitzer, aber durch unsere Militärlasten ist diese Verschiebung nicht hervorgerufen. Über die Getreidezölle will ich nicht sprechen. Ich verdenke es den Gegnern derselben garnicht, daß sie jetzt, wo der große Hort der deutschen Landwirtschaft aus dem Ministerium geschieden ist, versuchen, die Zölle abzuschaffen. Für uns ist die Verantwortung für die Annahme der Vorlage keine geringe, aber wir glauben, die Verantwortung für die Ablehnung würde eine viel größere sein. Der Krieg würde jetzt ein sehr viel längerer sein als früher, weil die Völker jetzt viel mehr ausgebildete Krieger besitzen, als früher, weil die technischen Hilfsmittel immer wieder eine Erneuerung des Krieges gestatten. In dieser Beziehung steht mir das Urteil des Grafen Moltke höher, als die Urtheile der Herren Panzer und Liebknecht, die ja vielleicht auch militärische Kenntnisse hinter sich haben mögen. (Beifall rechts.)

Abg. Hänel (rechts): Der Abg. Liebknecht hat eine Würdigung des Fürsten Bismarck gegeben, der ich nicht zustimme. (Beifall rechts.) Der Fürst Bismarck und sein inneres System waren die schärfsten Gegner meiner Partei, und niemand wird von mir vermuten, daß ich irgend etwas von der Opposition, welche ich mich für verpflichtet hielt dem Fürsten Bismarck zu machen, zurücknehme. Aber ich würde gegen mich unehrlich sein, wenn ich nicht die gewaltigen Verdienste anerkennen würde, die Fürst Bismarck um unser deutsches Vaterland gehabt hat. (Beifall rechts.) Ich werde ihm, wie Hr. v. Kardorff stets dankbar sein für die Herstellung der Einheit Deutschlands, und vor allen Dingen auch für die Art und Weise, wie er es verstanden hat, unsere neu begründete Nation einzuführen in das europäische Concert und dieselbe in der That zum Hort des Friedens in Europa zu machen. (Beifall rechts.) Hr. Liebknecht sagt weiter, Elsass-Lothringen sei der Punkt, an dem sich der gewaltige Weltkampf zwischen Frankreich und Deutschland entspannen hat. Das kann er vielleicht seinen jüngeren Gesinnungsgenossen glaubhaft machen. Aber ich wundere mich, daß er es mir, der mit ihm gleichaltrig ist, gesagt hat. In den zwanziger bis sechziger Jahren hieß die Parole in Frankreich: wir müssen unsere natürlichen Grenzen haben, das linke Rheinufer, Revanche für Waterloo. Jetzt spürt sich die Parole auf Elsass-Lothringen zu, aber dies ist nicht allein der Factor, der die kriegerische Neigung der französischen Nation besonders gesteckt hat. Wir haben zu allen Seiten mit dieser kriegerischen Neigung zu rechnen gehabt. Daß die Abtreitung von Elsass-Lothringen uns den Frieden verbürgen könnte, ist nach Allem, was wir erlebt haben, unrichtig. (Zustimmung rechts.) Von Hrn. v. Kardorff war es falsch, auf den eigentlichen Kernpunkt der Rede des Abg. Liebknecht nicht einzugehen. Ich behaupte, daß der berühmte Feldherr, der unser Mitglied ist, nicht anderer Meinung ist in der Grundsatzfrage, welche Hr. Liebknecht in Bezug auf die unnatürliche Situation hat, in welche uns die fortwährenden Kriegsleistungen der Völker gebracht haben. Dieses gegenwärtige Ueberbielen in den militärischen Leistungen hat manchmal wahnsinnig den Anschein des hellen Wahnsinns. (Zustimmung links.) Doch mit diesem System über kurz oder lang gebrochen werden müssen, liegt auf flacher Hand. Dieser Grundgedanke des Abg. Liebknecht ist als berechtigt anzuerkennen. Mit solchen allgemeinen Grundgedanken ist allerdings keine politische Situation zu beherrschen und eine einzelne Frage zu lösen. Hr. Liebknecht erkannte das selbst an, denn er sagte ehrlich, wenn es sich um die Vertheidigung des Vaterlandes handle, würde auch die sozialdemokratische Partei entschlossen unter die Fahne

treten. Aber Deutschland kann nicht einseitig mit der Abrüstung vorgehen. Hr. Liebknecht hat auch auf die Notwendigkeit von Congressen hingewiesen, um dieses Ziel zu erreichen. Augenblicklich mag ja eine solche völkerrechtliche Vereinbarung für Utopie gelten. Aber 60 oder 100 Jahre früher hielt man völkerrechtliche Vereinbarungen, wie solche jetzt über die sociale Frage getroffen werden, auch für eine Utopie. Diese Entwicklung giebt mir die Zuversicht, daß eine gegenseitige Abrüstung allerdings ein möglichstes zu erreichendes Ziel ist. Der Monarch, die Nation oder der Staatsmann, der sein Volk diesem Ziele auch nur näher zuführt, wird sich unvergänglicheren Lorbeer erworben haben, als der größte Feldherr aller Jahrhunderte. (Beifall links.) Das war der Kernpunkt der Rede des Abg. Liebknecht, und ich wünsche, daß dieselbe Rede in Frankreich, Italien und sonst in Parlamenten kriegerführender Völker mit Nachdruck gehalten werde. Dann wird sich Hoffentlich unter den Völkern eine größere Verständigung in dieser Beziehung anbahnen, als je die chauvinistischen Leidenschaften zulassen. — Wir stehen bei dieser Vorlage unter dem schweren Druck, daß wir über die Motive derselben nicht hinreichend unterrichtet sind. Der Kriegsminister behält sich ja die Ergänzung der Motive vor. Er verspricht uns jetzt wenigstens einen umfassenden Organisationsplan. Wir müssen diese Mittheilungen des Kriegsministers abwarten. Aber nicht nur die militärischen Punkte sind zu prüfen, sondern auch der Finanzplan muß in der Commission zur Beratung kommen. Wir müssen klarheit haben, ob die vorhandenen Mittel ausreichen, ob wir zu neuen Steuern gelangen, und welche dabei in Betracht kommen. Thatsache ist, daß durch die Militärlasten jetzt die minder Wohlhabenden stärker belastet sind; und da es den ärmeren Klassen nach der Entlassung aus dem Militärdienst viel schwerer wird, sich ihr Brod zu suchen, als den Wohlhabenderen, so ergibt sich eine doppelt und dreifach, unverhältnismäßig stärkere Belastung für die Armeren gegenüber den Reichen. (Zustimmung links.) Deshalb wollten wir 1887 beim Septennat die Mehrleistungen auf eine Reichs-Einkommensteuer abwälzen. Dem Generalorganisationsplan des Kriegsministers muß ein solcher eines Finanzministers folgen. Aber wir haben keinen Finanzminister. Der Abg. Windthorst sagte uns freilich, daß alle unsere Gedanken darüber mit dem föderalistischen System im Widerspruch stehen. Es ist aber nichts anderes, als die sachgemäße Gestaltung des, was bereits verfassungsmäßiges Recht in Deutschland ist. Wir müssen einen Finanzminister haben, der im Zusammenhang mit den anderen Ressorts, namlich mit dem Kriegsministerium steht, wenn nicht alles planlos gehandhabt werden soll. Das macht es uns unmöglich, schon eine definitive Stellung zu diesem Gefechtswurf einzunehmen. Dazu kommt noch ein Anderes. Die gesamte parlamentarische Situation wird durch das furchtbare Übergewicht gekennzeichnet, welches die Militärtechnik gegenüber unseren Berathungen besitzt. Wenn die Militärverwaltung uns erklärt, die oder die technischen Spezialwaffen zu gebrauchen, ohne welche sie die Verantwortung für die Kriegsfähigkeit des Heeres nicht übernehmen kann, wer wollte dann einer solchen Autorität seine Bedenken entgegenstellen? Diese Situation ist auch für den Kriegsminister unangenehm. Das constitutionelle System bedeutet eine Abwertung der Verantwortlichkeit auf die Volksvertretung. Diese Deckung der Volksvertretung entgeht der Kriegsverwaltung wie jedem technischen Departement, welches in solcher Art auf dieselbe zu drücken vermag, wie es hier der Fall ist. Ich schließe die Verantwortlichkeit für diese Mehrbelastung der Militärverwaltung mehr zu, als es sonst im regelmäßigen Gang der parlamentarischen Geschäfte der Fall ist. Gegenüber dieser Mehrbelastung muß auch die Militärverwaltung allseitig etwaige Compensationen dafür erwägen, besonders die von allen Parteien discussirte Frage der Verkürzung der Dienstpflicht. Der Kriegsminister kann die Verantwortlichkeit, die ich ihm zugeschrieben habe, unmöglich mit dem kurzen Gas der Motive decken: „Eine Verkürzung der Dienstzeit erscheint ungünstig.“ Will er tatsächlich die Vorlage vertreten, so muß er den Beweis führen, daß diese Compensation unmöglich ist. Das Programm der freiwilligen Partei geht nicht einfach auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit, sondern nur auf die möglichste Verkürzung der Dienstzeit. Wir erkennen an, daß die Hindernisse, welche einer solchen plötzlichen gesetzlichen Veränderung entgegenstehen, noch zu stark sein könnten, und daher wird unserer Ansicht nach genügt durch ein System von Beurlaubungen. Der Ausgangspunkt für unsere Forderung ist die einjährige Dienstzeit. Wir betrachten diese nicht als ein Privileg der Wohlhabenden, sondern als die Anwendung des Grundsatzes, daß mit einer gehobenen Bildung eine Verkürzung der Dienstzeit möglich ist, ohne die militärischen Interessen zu schädigen. Will man nun nachweisen, daß die Bildungsunterschiede in Deutschland so gewaltig seien, daß man von der einjährigen Dienstzeit auf der einen Seite den Sprung zu dreijährigen auf der anderen Seite machen müsse? Wir befreien vielmehr im deutschen Volke eine breite Mittelschicht von so großer Ausbildung, daß eine weit größere Anzahl von Mannschaften in einer kürzeren Zeit zur kriegsfähigen Ausbildung gebracht werden kann. Ich fürchte, daß die schrofe Verweigerung dieser Forderung weit weniger vom technischen Standpunkte aus als auf Grund politischer Grundsätzen an die Consistschaft erfolgt. Bei der damaligen Entflammung der politischen Leidenschaften wurde die Frage der zweijährigen Dienstzeit in die Frage verkehrt, ob es ein monarchisches oder Parlamentsheer geben soll. Ich hoffe, daß diese Regierungen jetzt mehr und mehr verschwinden. Für uns liegt darin, ob diese Compensation gegenüber der Militärsicht möglich ist, ein entscheidendes Gewicht. Wir werden die Vorlage gewissenhaft prüfen, können es aber mit unserer Gewissheit nicht vereinbaren, bereits heute eine definitive Siedlungnahme zu erklären. (Schluß in der Beilage.)

Deutschland.

* Berlin, 16. Mai. Ein hochstehender Berliner Beamter hat dem Londoner Berichterstatter der „Birmingham Post“ mitgeteilt, daß Kaiser Wilhelm, welcher ein großer Bewunderer Stanleys ist, den Wunsch geäußert hat, persönlich die Bekanntheit des Afrikareisenden zu machen und denselben sogar nach Berlin als seinen Gast einzuladen gedachte. Die Einladung wurde jedoch unnötig, da der Kaiser von seinen Verwandten die Versicherung erhielt, daß Stanley beim bevorstehenden Besuch des Kaisers in England besonders eingeladen werden würde. Der Kaiser äußerte sich einmal charakteristisch einem seiner Adjutanten über Stanley dahin, „er hat ein Land in Afrika gesetzt und kann dessen Wachsthum beobachten“.

* Bezüglich der Dauer der Reichstagsession glauben die „Pol. Nachr.“ versichern zu können, daß die verbündeten Regierungen „einer Vertrag keineswegs und umsonst“ zusimmen werden, als die Frage des Arbeiterschutzes in ausgiebigster Weise bereits während der verschiedensten Sessioen im Reichstage erörtert ist und die außer dem Arbeiterschutz in der Novelle zur Gewerbeordnung befindlichen Bestimmungen nicht minder spruchfrei sind. — Jedensfalls hat der Seniorencouncil des Reichstages bekanntlich andere Dispositionen ins Auge gefaßt und die Wahrscheinlichkeit deutet auch jetzt noch dahin, daß es zur Vertragung Mitte oder Ende Juni kommt.

* [Dr. Dernburg], der bisherige Chefredakteur der „National-Zeitung“, ist nach dem schon gemeldeten Besitzwechsel dieses Blattes aus seiner

Stellung ausgeschieden. Chefredakteur ist Herr Löbner geworden, der schon seit einigen Jahren nach der plötzlichen Abschwächung der „Nat-Ztg.“ ins nationalliberale Lager die innere Politik verantwortlich gezeichnet hat.

* [Fürst Bismarck] soll in Folge der Runde, daß er seine Denkwürdigkeiten herauszugeben beabsichtige, von verlockenden Verlagssoforten, namlich von amerikanischen und englischen, förmlich überschüttet werden sein. Er soll sich bereit haben, alle solche Anträge vorläufig als gegenstandslos abzulehnen. Auch hat er sich nach der „Saale-Zeitung“, geweigert, einige ausländische Verleger, welche ihm ihr Gefüch mündlich vortragen wollten, zu empfangen.

* [Stanley] ist von der Universität Cambridge zum Doctor honoris causa ernannt worden.

* [Der Premierlieutenant Frhr. v. Gravenreuth], Stellvertreter des Reichscommissars für Ostafrika, ist mit Urlaub in Berlin angekommen.

* [Surücknahme von Ausweisungen.] Auch in Berlin sollen auf Veranlassung des Polizeipräsidienten Ermittlungen über die eventuelle Zurücknahme zahlreicher Ausweisungen noch vor dem Außerkrafttreten des Sozialengesetzes stattgefunden haben. Zunächst sollen bereits vorliegende motivierte Besuche seitens Ausgewiesener berücksichtigt werden.

* [Freiwillige Interpellationen.] Im Reichstag sind jetzt bei der früher angekündigten freiwilligen Interpellationen betreffend den Erlass eines Gesetzes betreffend den Strafvollzug und betreffend den Niederräffungsvertrag noch vor dem Außerkrafttreten des Sozialengesetzes stattgefunden haben. Zunächst sollen bereits vorliegende motivierte Besuche seitens Ausgewiesener berücksichtigt werden.

* [Zurücknahme von Ausweisungen.] Auch in Berlin sollen auf Veranlassung des Polizeipräsidienten Ermittlungen über die eventuelle Zurücknahme zahlreicher Ausweisungen noch vor dem Außerkrafttreten des Sozialengesetzes stattgefunden haben.

* [Surücknahme von Ausweisungen.] Auch in Berlin sollen auf Veranlassung des Polizeipräsidienten Ermittlungen über die eventuelle Zurücknahme zahlreicher Ausweisungen noch vor dem Außerkrafttreten des Sozialengesetzes stattgefunden haben.

* [Für die Postverbindung mit Schweden.] Wird binnen kurzem ein neuer Weg eröffnet werden, nachdem, wie man der „Nord. Allg. Ztg.“ aus Stockholm schreibt, die von der schwedischen Generalpostverwaltung geplante tägliche Postverbindung zwischen Schweden und Deutschland über Trelleborg und die Insel Rügen jetzt auch vom Oberstatthalteramt in Stockholm gutgeheißen worden ist.

* [Inspection.] Nachdem der commandirende General des 17. Armeecorps Hr. Lenze am Mittwoch die Garnison Stolp inspiziert, begab sich derselbe gestern nach Thorn, wo ebenfalls eingehende militärische Beobachtungen vorgenommen wurden.

* [Rektoren- und Mittelschulherprüfung.] Zu der diesmaligen Frühjahrs-Rektorenprüfung beim hiesigen Provinzial-Schulcollegium, welche vorgestern beendet war, hatten sich zehn Examinierten gemeldet, von denen acht an der Prüfung teilgenommen haben. Das Resultat der Prüfung ist noch nicht verkündet worden. Am der Mittelschulherprüfung, die voraussichtlich erst heute spät Abends zu Ende sein wird, nehmen ebenfalls acht Examinianden teil.

* [Gelehrten- und Mittelschulherprüfung.] Zu der diesmaligen Frühjahrs-Rektorenprüfung beim hiesigen Provinzial-Schulcollegium, welche vorgestern beendet war, hatten sich zehn Examinianden gemeldet, von denen acht an der Prüfung teilgenommen haben. Das Resultat der Prüfung ist noch nicht verkündet worden. Am der Mittelschulherprüfung, die voraussichtlich erst heute spät Abends zu Ende sein wird, nehmen ebenfalls acht Examinianden teil.

* [Verein „Frauenwohl“.] In der gestrigen sehr zahlreich besuchten Versammlung teilte die Vorstehende Frau Dr. Heidfeld mit, daß die bisher für die Zwecke des Vereins unternommenen Arbeiten von gutem Erfolge begleitet seien. An den Bildungsabenden nehmen 12 junge Mädchen zwei Mal wöchentlich Theil, und die Vereinsmitglieder wurden erucht, gute Bücher beizubringen und unterhaltenden Inhalts für eine zu stiftende Bibliothek zu schenken, zu deren Verwaltung sich mehrere Damen freundlich bereit erklärt haben. Darauf hielt Frau Dr. Baum den angekündigten Vortrag über Kochschulen, auf dem näher einzugehen wir uns für später vorbehalten müssen.

Nachdem Frau Dr. Heidfeld der Vortragenden den Dank für den von der Versammlung mit lebhaftem Interesse entgegengenommenen Vortrag ausgesprochen hatte, wurde mitgeteilt, daß in den nächsten Tagen Listen zur Einzeichnung von Beiträgen für die mit vielen Kosten verknüpfte erste Einrichtung der Kochschule, für die ein Lokal am Vorstadt. Graben gefunden ist, in der Musikalenhandlung von C. Stenzen und in der Expedition unserer Zeitung ausliegen und die Vorstandsmitglieder ebenfalls jeden, auch den kleinsten Beitrag, dafür dankbar entgegennehmen werden.

Franz. * [Verein „Frauenwohl“.] In der gestrigen sehr zahlreich besuchten Versammlung teilte die Vorstehende Frau Dr. Heidfeld mit, daß die bisher für die Zwecke des Vereins unternommenen Arbeiten von gutem Erfolge begleitet seien. An den Bildungsabenden nehmen 12 junge Mädchen zwei Mal wöchentlich Theil, und die Vereinsmitglieder wurden erucht, gute Bücher beizubringen und unterhaltenden Inhalts für eine zu stiftende Bibliothek zu schenken, zu deren Verwaltung sich mehrere Damen freundlich bereit erklärt haben. Darauf hielt Frau Dr. Baum den angekündigten Vortrag über Kochschulen, auf dem näher einzugehen wir uns für später vorbehalten müssen.

Nachdem Frau Dr. Heidfeld der Vortragenden den Dank für den von der Versammlung mit lebhaftem Interesse entgegengenommenen Vortrag ausgesprochen hatte, wurde mitgeteilt, daß in den nächsten Tagen Listen zur Einzeichnung von Beiträgen für die mit vielen Kosten verknüpfte erste Einrichtung der Kochschule, für die ein Lokal am Vorstadt. Graben gefunden ist, in der Musikalenhandlung von C. Stenzen und in der Expedition unserer Zeitung ausliegen und die Vorstandsmitglieder ebenfalls jeden, auch den kleinsten Beitrag, dafür dankbar entgegennehmen werden.

Franz. * [Verein „Frauenwohl“.] In der gestrigen sehr zahlreich besuchten Versammlung teilte die Vorstehende Frau Dr. Heidfeld mit, daß die bisher für die Zwecke des Vereins unternommenen Arbeiten von gutem Erfolge begleitet seien. An den Bildungsabenden nehmen 12 junge Mädchen zwei Mal wöchentlich Theil, und die Vereinsmitglieder wurden erucht, gute Bücher beizubringen und unterhaltenden Inhalts für eine zu stiftende Bibliothek zu schenken, zu deren Verwaltung sich mehrere Damen freundlich bereit erklärt haben. Darauf hielt Frau Dr. Baum den angekündigten Vortrag über Kochschulen, auf dem näher einzugehen wir uns für später vorbehalten müssen.

Nachdem Frau Dr. Heidfeld der Vortragenden den Dank für den von der Versammlung mit lebhaftem Interesse entgegengenommenen Vortrag ausgesprochen hatte, wurde mitgeteilt, daß in den nächsten Tagen Listen zur Einzeichnung von Beiträgen für die mit vielen Kosten verknüpfte erste Einrichtung der Kochschule, für die ein Lokal am Vorstadt. Graben gefunden ist, in der Musikalenhandlung von C. Stenzen und in der Expedition unserer Zeitung ausliegen und die Vorstandsmitglieder ebenfalls jeden, auch den kleinsten Beitrag, dafür dankbar entgegennehmen werden.

Franz. * [Verein „Frauenwohl“.] In der gestrigen sehr zahlreich besuchten Versammlung teilte die Vorstehende Frau Dr. Heidfeld mit, daß die bisher für die Zwecke des Vereins unternommenen Arbeiten von gutem Erfolge begleitet seien. An den Bildungsabenden nehmen 12 junge Mädchen zwei Mal wöchentlich Theil, und die Vereinsmitglieder wurden erucht, gute Bücher beizubringen und unterhaltenden Inhalts für eine zu stiftende Bibliothek zu schenken, zu deren Verwaltung sich mehrere Damen freundlich bereit erklärt haben. Darauf hielt Frau Dr. Baum den angekündigten Vortrag über Kochschulen, auf dem näher einzugehen wir uns für später vorbehalten müssen.

Nachdem Frau Dr. Heidfeld der Vortragenden den Dank für den von der Versammlung mit lebhaftem Interesse entgegengenommenen Vortrag ausgesprochen hatte, wurde mitgeteilt, daß in den nächsten Tagen Listen zur Einzeichnung von Beiträgen für die mit vielen Kosten verknüpfte erste Einrichtung der Kochschule, für die ein Lokal am Vorstadt. Graben gefunden ist, in der Musikalenhandlung von C. Stenzen und in der Expedition unserer Zeitung ausliegen und die Vorstandsmitglieder ebenfalls jeden, auch den kleinsten Beitrag, dafür dankbar entgegennehmen werden.

Franz. * [Verein „Frauenwohl“.] In der gestrigen sehr zahlreich besuchten Versammlung teilte die Vorstehende Frau Dr. Heidfeld mit, daß die bisher für die Zwecke des Vereins unternommenen Arbeiten von gutem Erfolge begleitet seien. An den Bildungsabenden nehmen 12 junge Mädchen zwei Mal wöchentlich Theil, und die Vereinsmitglieder wurden erucht, gute Bücher beizubringen und unterhaltenden Inhalts für eine zu stiftende Bibliothek zu schenken, zu deren Verwaltung sich mehrere Damen freundlich bereit erklärt haben. Darauf hielt Frau Dr. Baum den angekündigten Vortrag über Kochschulen, auf dem näher einzugehen wir uns für später vorbehalten müssen

Nachruf.

Am 13. d. Mts. verstarb an den Folgen schwerer Verlebungen, herbeigeführt durch einen traurigen Unfall, als Opfer seines Berufs der Locomotivführer Werner Gotthilf Hennig.

Der Verstorbene war während seiner langen Dienstzeit stets ein pflichtgetreuer und gewissenhafter Beamter, der sich die Liebe und Achtung sowohl seiner Vorgesetzten wie Collegen stets bewahrte. (5200) Ein ehrliches Andenken bewahren ihm die gesammelten Locomotiv- und Werkstattsbeamten der Königl. Ostbahn.

Die Beerdigung des Zimmermeisters Herrn J. W. Hoffmann findet Montag, den 19. Mai vom Trauerhause, Dorn, 9/2 Uhr, auf dem Petri-Kirchhof statt.

Naturforschende Gesellschaft.
Medizinische Section.
Donnerstag, den 22. Mai,
8 Uhr abends. (5206)

Dr. Abegg.

Bekanntmachung.
Beibeh. Verklärung der Seeunfälle welche das Schiff Jacob Profforff, Capitain Sandt, auf der Reise von Großbritannien nach Danzig erlitten hat, haben wir einen Termin auf den 20. Mai cr.

Vorm. 9/2 Uhr, in unferem Geschäftskloake Langenmarkt 43 anberaumt. (5208) Danzig, den 17. Mai 1890. Königliches Amtsgericht X.

Bremen-Danzig
Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771) Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Loose.
Marienburgs. Schlossbau 3 M.
zu haben in der
Expedition d. Danziger Zeitung.

XII. Gr. Inowraclawer
Pferde-Verloosung
Biehung am 20. Juni d. J.
Durch Verloosung kommen
4-spänige und
2-spänige Equi-
page, im Werthe von
10000 n. 5000 M.
sowie eine große An-
zahl edler
Reit- und Wagen-
pferde und 500
sonstige wertvolle
Gewinne.

Loose
à 1 Mark
sind in den durch
Plakate kennlichen
Verkaufsstellen zu
haben und zu bezahlen durch
J. A. Schrader,
Haupt-Agentur,
Hannover, Gr. Packhofstr. 29.
Porto und Gemülliste
20 S extra.

**Dramatischen Unter-
richt** (5086)
ertheilt Max Weidlich,
Bogengau 14. I.

Schlag-Zither-Unterricht
ertheilt

Olga Wendefreier,
Breitgasse 61.
zagr. Zitherlehrerin der Hochschule
Gustav Hermann, Berlin.

Zur Bereitung v. Puddings
empfiehle
ff. franz. Spätzle,
Mondamin, Maisena,
Reismehl,
Wiener Puddingpulver
mit Fruchtgeschmack,
ff. Bourbon-Vanille,
per Schote von 10 S an,
ff. Erdbeer-, Kirsch- und
Himbeer-Saft in Zucker.

Mag Lindenblatt,
Heilige Geistgasse 131.

Gute Victoria-Röherbse
hat billig abgerufen
G. Hoffmann, Brauff.

Dampfbootfahrt Danzig — Neufahrwasser.
Am Sonntag fahren bei günstigem Wetter die Dampfer Nachmittags von 1/2 Uhr am halb-kündlich.

Geebad und Kurort Westerplatte.
Möblierte Wohnungen, mit und ohne Küche und einzelne Zimmer sind preiswert zu vermieten.
Meldungen beim Inspector Groß-Westerplatte oder bei der unterzeichneten Gesellschaft.

**"Weichsel" Danziger Dampfschiffahrt und
Geebad Actien-Gesellschaft.**

Alexander Gibson.
Bureau: Heilige Geistgasse Nr. 83. (5191)

Allgemeine Renten-Anstalt zu Stuttgart.
Versicherungs-Gesellschaft auf volle Gegenseitigkeit für Lebensversicherung, Renten-Versicherung und Kapital-Versicherung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir dem Herrn

Walther Gronau in Danzig,
Hundegasse 103,

eine Haupt-Agentur für Danzig u. Umgegend übertragen haben.

Die General-Agentur
H. Schwenke,
Charlottenstraße Nr. 18.

Unter Bezugnahme auf Vorstehendes empfehle ich mich zum Abschluß von Lebens-, Renten- und Kapital-Versicherungen. Die Anstalt bietet bei längst bewährter und anerkannter Solidität jedem bei bestehenden bedeutende Vortheile, und bin ich zur unentgeltlichen Abgabe von Prospekten etc., sowie zur Erteilung jeder gewünschten Auskunft gern bereit. (5180) Walther Gronau, Hundegasse 103.

Bekanntmachung.
Beibeh. Verklärung der Seeunfälle welche das Schiff Jacob Profforff, Capitain Sandt, auf der Reise von Großbritannien nach Danzig erlitten hat, haben wir einen Termin auf den 20. Mai cr.

Vorm. 9/2 Uhr, in unferem Geschäftskloake Langenmarkt 43 anberaumt. (5208) Danzig, den 17. Mai 1890. Königliches Amtsgericht X.

Bremen-Danzig
Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Zu haben in der Expedition d. Danziger Ztg.

Dompf. "Delt.", Cpt. Alemke, lädt gegen Ende ders. Mts. nach Danzig. (4771)

Güteranmeldungen erbieten bei Gottfr. Steimeyer & Co.

Bremen,
J. G. Reinhold,
Danzig.

Nach

Greenock-Glasgow
diesen Monat. (5207)
Wih. Ganswindt.

Soeben erschien:
Neuester Fahrplan
vom 1. Mai 1890 ab.
Preis 10 Pf.

Beilage zu Nr. 18293 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 17. Mai 1890.

Reichstag.

(Schluß.)

Reichskanzler v. Caprivi: Wenn auch die auswärtige Politik hier gestreift worden ist, so kann ich mich einer Schilderung der politischen Lage um so eher enthalten, als die Thronrede das, was darüber zu sagen wäre, mit klaren Worten ausgedrückt hat. Im Gegensatz zu dem, was der Abg. Liebknecht gesagt hat, muß ich dankbar anerkennen, daß die Erbschaft, die ich von meinem Amtsvorgänger in Bezug auf die äußere Politik übernommen habe, die denkbar glücklichste ist. (Bravo!) Ich habe Verhältnisse vorgefunden, die fürs erste mich zukiner Action nötigten. Wir stützen unsere auswärtige Stellung einmal auf unsere eigene Kraft, die wir, um die Bündnisse zu erhalten, nicht hoch genug steigern können; dann aber vertrauen wir auf die festen Bündnisse um so mehr, als sie sich immer mehr auch in die Stimmung der Bevölkerung einleben. (Bravo! rechts.) Wenn mir der hr. Abg. Liebknecht den Rath gegeben hat, ich sollte in der auswärtigen Politik abwiegeln, so würde ich in Verlegenheit sein, wie dieser Rath zu folgen ist, denn ich würde nicht, wo aufgewiegt worden ist. (Sehr gut! rechts.) Bei der gegenwärtigen Vorlage handelt es sich nicht um die Nähe, sondern um die Schwere eines Krieges, dem vorgebeugt werden soll. Wenn Fürst Bismarck im Januar 1887 die Lage, die bei uns eintreten würde, wenn wir geschlagen wären, geschildert hat, so wäre ich nicht im Stande, das besser zu machen oder nur zu behaupten, es liege heutzutage ein Jota anders. Wenn wir geschlagen würden, so würde das saigner au blanc auch nicht vor den Herren Socialdemokraten halt machen, auch sie würden zur Ader gelassen bis aufs Weizen. (Beifall rechts.) Es ist in einer neulich erschienenen Broschüre behauptet worden, daß sie einen dem Auswärtigen Amt nahestehenden Offizier zum Verfasser habe. Ich habe auch nicht ein Wort in den Akten gefunden, das diese Voraussetzung rechtfertigte. Die Broschüre geht in Bezug auf Russland hauptsächlich auf zwei Momente hinaus. Einmal will sie uns glauben machen, daß unser fernerer Beruf das Germanisten weit in das Slaventhum hinein wäre. Wer nur die Lage unseres Vaterlandes einigermaßen kennt, weiß, daß wir 80 Jahre nach der Besiegereiigung der Provinz Posen noch nicht dahin gekommen sind, diese Provinz so zu germanisieren, wie viele wünschen und von früheren Regierungen angestrebt worden ist. Noch heute haben wir mitten in Deutschland wendische Enclaven und noch heute werden in Litauen und Masuren die Nachmittagspredigten vielfach in einem anderen als dem deutschen Idiom gehalten. Innerhalb unserer eigenen Grenzen ist also noch ein so reiches Feld zum Germanisieren (Sehr richtig! rechts), daß wir nicht nothwendig haben, darüber hinauszugehen. Das zweite Motiv, das der Verfasser aus seiner Animosität gegen Russland schöpft, ist das: wir müssen Herr der Ostsee werden, unsere Küste ist zu kurz. Ich bin fünf Jahre Chef der Admiralität gewesen, aber auf den Einstall, daß unsere Küsten an der Ostsee zu kurz wären, bin ich niemals gekommen (Heiterkeit rechts), auch in den Handelsstädten hat noch niemand darüber geklagt, daß er nicht noch mehr Concurrenten hat, sondern nur, daß es an Hinterland gefehlt hat. Den Glauben also, als ob diese

Broschüre in Folge einer Verbindung mit politischen Kreisen einen tieferen Einblick in die Verhältnisse biete, möchte ich beseitigen. — hr. Abg. Hänel hat das Verlangen nach einem Reichsfinanzministerium im Einverständnis mit hrn. Abg. Richter ausgesprochen. Herr Richter war der Meinung, das Reichsfinanzministerium sei um so nothwendiger, als der jetzige Reichskanzler von den Finanzen nichts verstehe. Zugegeben, — aber ist es dann nicht das natürliche, daß der jetzige Reichskanzler sind noch viel mehr auf den Schatzsekretär stützt und ihm mehr Selbstständigkeit giebt, als der vorige, daß also die Motive, die Sie zu klagen veranlassen, gerade dadurch, daß der Reichskanzler weniger geneigt sein kann, wenn er einigermaßen Pflichtgefühl hat, in die Finanzen einzugreifen, beseitigt sind? Weiter kamen zum zweiten Male gewisse Desiderien zur Sprache, die sich nicht an das Gesetz knüpfen, sondern an den umfassenden Organisationsplan, den der Herr Kriegsminister vorlegen wird. Ich habe hier ein Mißverständnis zu beseitigen. Ich erinnere mich nicht, daß der Herr Minister gesagt hat, er wolle einen umfassenden Organisationsplan vorlegen; er hat nur von Grundzügen gesprochen, die über den Rahmen des Ihnen vorgelegten Gesetzes hinausgehen und eine Perspective in die Zukunft eröffnen. Von einem festen Plan kann aber um so weniger die Rede sein, als die verbündeten Regierungen sich über einen solchen noch nicht schlüssig gemacht haben. Im wesentlichen decken sich die Forderungen der Abgg. Hänel und Richter. Sie kommen auf drei Dinge hinaus: zuerst die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Ich glaube, jeder Soldat würde mit ihm übereinstimmen; denn die Folge der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht würde zur Zeit eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um mindestens 50 Prozent bedeuten. So groß ist die Zahl derjenigen, die waffenfähig sind, aber nicht eingereiht werden, weil die Stellen für eine so große Anzahl fehlen. Das Drückende dieser persönlichen Last ist schroff dargestellt worden. Die jetzt gültige Präsenzstärke ist auf 486 409 Mann festgelegt. Das ist 1 % der Bevölkerung von 46 850 000. Im Jahre 1816, also unmittelbar nach einem Kriege, der das kleine Preußen erschöpft hatte, betrug der Procentsatz der in das stehende Heer eingereihten Bisser der Bevölkerung 1,25, also $\frac{1}{4}$ mehr, als was wir heute stellen. Allmählich, in den 20er Jahren, sinkt diese Zahl, im Jahre 1832 ist sie auf 1 % der Bevölkerung heruntergekommen, sie sinkt weiter und kommt auf die niedrigste Biffer, die sie jemals in Preußen gehabt, auf 0,79 %, und zwar, meine Herren, war das im Jahre 1850, in den unglückseligen Tagen von Olmütz. Jeder, der die neueste Geschichtsschreibung gelesen hat, welche Rolle um diese Zeit der Mangel an Schlagfertigkeit der Armee gebildet hat (Hört, hört! rechts), wie weit das in unsere Verhältnisse eingegriffen hat. 1860 beim Beginn der Reorganisation war der Procentsatz 1,10. 1881 stieg er auf 1,12. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges hat man das Gefühl gehabt, daß für absehbare Zeit das Heer stark genug sein werde, daß daher bei dem Wachsen der Bevölkerung sich die Lasten verringern würden. So ging allmählich die Präsenziffer hinter 1 p.C. zurück. 1875 auf 0,99 p.C. Wenn aber das jetzige Gesetz angenommen wird, dann werden wir voraussichtlich in Bezug auf die Bevölkerungszahl es wieder auf 1 p.C. gebracht haben. Unter diesen

Verhältnissen kann von einer übermäßigen Belastung nicht die Rede sein. (Sehr richtig! rechts). Kommt der Krieg, dann darf kein waffensfähiger Mann zu Hause bleiben. Wir müssen also so organisieren, daß alle zum Waffendienst ausgehobenen Leute fähig sind, die Waffe auszuüben. Das ist nichts weiter als eine strenge Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht des alten Scharnhorst'schen Gedankens. Stehende Heere im Frieden wirken für die Staaten ungefähr wie eine Versicherung gegen Feuer für den Einzelnen. Sie sind eine unproductive Ausgabe, die man am liebsten von Jahr zu Jahr ausschieben würde, wenn man die Sicherheit haben könnte, daß es nicht brennen würde. Je höher der Staat sichichert, wenn er ein zahlreiches Heer einführt, um so geringer wird nicht bloß der etwaige Schaden sein, sondern um so unwahrscheinlicher wird der Schaden überhaupt. (Sehr wahr! rechts.) — Nun ist aus der Conflitszeit herkömmlich, daß wenn von Erhöhung der Präsenzstärke gesprochen wird, sich daran unmittelbar die Forderung der Verkürzung der Dienstzeit anschließt. Es ist Thatache, daß wir bis zu einem Theile unserer Armee die 3jährige Dienstzeit faktisch garnicht haben. Sie aber prinzipiell aufzugeben, würde ich nicht raten können. Wir wissen nicht, vor welchen technischen Veränderungen wir in Bezug auf die Bewaffnung stehen. Es ist neulich hier der vollkommen zutreffende Vergleich gemacht worden zwischen einer Flinten und dem Gewehr M. 88; in dem Maße, als diese beiden Waffen von einander verschieden sind, sind auch die Ansprüche, die an die Ausbildung des Soldaten gestellt werden, verschiedene. Die Schwierigkeiten, die in der Ausbildung seit den letzten Decennien entstanden sind, sind kolossal. Ich behaupte, die Physiognomie von Berlin beweist das schon. Der spazierengehende Solbat ist an Wochentagen von der Straße verschwunden, an den Sonntagen können Sie vielleicht noch einen oder den anderen sehen, und dann auch nicht mehr immer in so angenehmer Gesellschaft, weil ihm eben an den Wochentagen die Möglichkeit gegeben hat, Beziehungen anzuknüpfen. (Große Heiterkeit.) Ein anderes Moment gegen jede prinzipielle Verkürzung der Dienstzeit liegt in der Schwierigkeit, die Truppe zur Disciplin zu erziehen. Eine Armee ohne Disciplin ist das Geld nicht wert, was sie kostet. Wenn ich von der Disciplin verlangen muß, daß sie die Untergebenen des Vorgesetzten dazu befähigt, ihm, ohne auch nur zu reflectiren, in den Tod zu folgen, so ist das eine Leistung, die von keiner anderen Institution im Staate gefordert wird, die einer so vorsichtigen Behandlung bedarf, daß ich einer Aenderung der Dienstzeit, welche die Disciplin gefährden könnte, nur schwer zustimmen würde. Dass aber die Erhaltung der Disciplin ungleich schwerer wird, wie früher, das besteht ein einfacher Blick auf die Agitation, die im Lande seitens einer zahlreichen Partei getrieben wird. Noch hat die Partei zu meiner Freude, soweit ich sehe kann, nicht den mindesten Einfluß auf die Disciplin in der Armee geübt, aber wir müssen berücksichtigen, daß uns eine zuchtlose Jugend heranwächst, die zur Disciplin zu erziehen ungleich schwieriger ist, als dies früher der Fall war. (Sehr wahr! rechts.) — Die dritte Forderung, welche Herr Richter stellte, war die jährliche Bemächtigung der Präsenzstärke. Er will vom Septennat nichts mehr

wissen, das ist nicht wesentlich eine militärische Frage; es ist eine Frage, über die sich reden läßt. Warum sollen es gerade sieben Jahre sein, es können auch neun, fünf, drei Jahre sein. Darüber kann man streiten, und ich gebe zu, wenn einmal die Scharnhorst'sche Idee, also die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, in die Hand genommen wird, es mit siebenjährigen Perioden nicht mehr gehen wird weil mit steigender Bevölkerungsziffer auch die Zahl der präsenten Menschen bei der Fahne wachsen soll. Man könnte also beispielweise — ich spreche hier nur meine persönliche Ansicht aus — auf den Gedanken kommen, eine fünfjährige Frist zu nehmen in Übereinstimmung mit der Legislaturperiode und auch der Volkszählung. Also das ist ein Gebiet, auf dem mehr der Politiker mitzureden haben wird, als der Soldat, es ist aber keine Frage, die das Sein oder Nichtsein der Armee in Frage stellt. (Hört, hört! links.) Ja, wenn Sie von dieser Aeußerung so befriedigt Akt nehmen, so möchte ich doch sagen, daß ich weder befugt bin, in dieser Beziehung ein Zugeständniß zu machen, noch auch, daß ich für meine Person gewillt wäre, es über fünf Jahre hinaus auszudehnen. Im übrigen weiß ich, daß die Vorlage in der Commission am besten vertreten sein wird, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie Ihre Annahme finden wird. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. v. Manteuffel (conf.): In den Reihen der deutschconservativen Partei wird die Dankbarkeit gegen den Fürsten Bismarck nie erloschen für das, was er dem deutschen Lande und Volke geleistet hat. Von einem Abrüstungscongrès ist wenig zu hoffen. Der einzige Abrüstungscongrès, der bisher in die Erscheinung trat, war von Napoleon III. angeregt und seine Folge war der Ausbruch des Krieges von 1866. So möchte es bei ähnlichen Abrüstungscongressen wieder gehen. Was die Schaffung eines Reichs-Finanzministers betrifft, so glaube ich nicht, daß sie thatsächlich möglich ist durch eine einfache Cabinetsordnung; damit trate eine theilweise Aufhebung der Reichsverfassung ein und geschehe ein Eingriff in die Rechte der Einzestaaten, den wir unmöglich wollen können. Wir erwarten in der Commission noch die Begründung der Vorlage, wir sind ja auch weit davor entfernt, uns für das Gesetz ohne weiteres zu erwärmen, ohne daß uns noch sehr erhebliche Aufschlüsse gegeben werden. Ich bin dem Kaiser dankbar dafür, daß durch seine Haltung er es dahin gebracht hat, daß in Deutschland niemand mehr zweifelt, daß uns der Friede noch für eine längere Zeit gewährleistet ist. Aber sollen wir deshalb uns diesem Gesetz gegenüber ablehnend verhalten? Für die Völker und Parteien außerhalb Deutschlands können die Herren Paner und Liebknecht nicht als Garanten der friedlichen Gesinnung auftreten, weder für die Franzosen, noch für das heilige Russland. Der Einfluß der französischen Chauvinisten auf die Volksstimme ist unberechenbar. Die Gesamtausgaben für unsere Wehrkraft haben in den letzten vier Jahren 2 Milliarden betragen, in Frankreich dagegen in der gleichen Zeit über 5 Milliarden. Die Verkürzung der dreijährigen Dienstzeit der Infanterie wäre ungerecht, so lange man die dreijährige Dienstzeit für die Cavallerie und Artillerie beibehält. Die berittenen Truppen rekrutieren sich meist aus der Landwirtschaft, und diese würde durch die Maßregel hart betroffen. (Sehr wahr! rechts.) Da übrigens

